

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 39 (2020)

Heft: 74

Artikel: Mütter und Betreuerinnen vereinigt euch

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1055550>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mütter und Betreuerinnen vereinigt euch

Am 14. Juni streikten unter vielen Frauen auch tausende Kinderbetreuerinnen und Mütter – und zwar gemeinsam. Die zum Frauenstreik gehörende Kinderwagendemo in Bern hat die kühnsten Erwartungen übertroffen und über 5000 Frauen mobilisiert, denen die Forderung «Zeit und Geld für gute Kinderbetreuung» wichtig war. Der Erfolg spricht für sich – doch die Mobilisierung von Müttern ist auch auf Fragen und Widersprüche gestossen. Warum sie wichtig ist und wie eine betreuerinnen- und müttergerechte Politik aussehen könnte, möchten wir hier kurz schildern.

Zeit und Geld für gute Kinderbetreuung

Die Bedingungen für Kinderbetreuung sind in der Schweiz schlecht, sehr schlecht sogar. Entweder werden Kinder unentgeltlich zu Hause betreut – meistens von ihren Müttern oder Grossmüttern. Oder es kümmern sich andere Frauen in Kindertagesstätten (Kitas), Spielgruppen und Tageschulen um die Kinder. Dort wird die Arbeit zwar bezahlt, aber die Löhne gehören zu den schlechtesten in der reichen Schweiz. Noch schlechter bezahlt sind Tagesmütter und Nannies, diese Arbeitsverhältnisse sind darüber hinaus oft kaum reguliert und kontrolliert. Ungeklärte Aufenthaltsstatus verschärfen die prekäre Lage, Folge davon können regelrechte Ausbeutungsverhältnisse sein. Stark verbreitet sind Mischmodelle, das heisst Kinder werden sowohl von ihren Müttern, Grossmüttern wie auch von professionellen Betreuerinnen umsorgt. Kinderbetreuende Frauen verzichten also entweder

a Die Eidgenössische Kommission dini Mueter (EKdM) wurde im Anschluss an die Kinderwagendemo von den Organisatorinnen gegründet.

als Mütter und Grossmütter auf Einkommen, soziale Absicherung und Renten. Oder sie erwerben in Kitas, Spielgruppen, Tagesschulen oder Privathaushalten kaum existenzsichernde Löhne, was ebenfalls ungenügende soziale Absicherung und Renten zur Folge hat. Armut ist in der Schweiz unter anderem deswegen weiblich. So liegt zum Beispiel die Armutssquote von Erwerbstätigen bei Alleinerziehenden viermal höher als der Durchschnitt. Und in 86 Prozent dieser Fälle leben die Kinder bei ihrer Mutter.

Frauen, die Kinder betreuen, bezahlen also einen hohen Preis dafür. Gemäss Berechnungen, die die Ökonomin Mascha Madörin in *Widerspruch* 73 dargelegt hat, arbeiten Frauen in der Schweiz jährlich rund eine Milliarde Stunden unbezahlt alleine für die gesellschaftlich unverzichtbare Arbeit der Kinderbetreuung, rund 250 Millionen Stunden kommen im bezahlten Bildungs- und Betreuungsbereich dazu. Neben den schlechten finanziellen Bedingungen ist die Arbeit von ständiger Zeitnot geprägt. Betreuerinnen in Kitas und Tagesschulen müssen sich in der gleichen Zeit um immer mehr Kinder kümmern. Dies weil sich, um Kosten zu sparen, Personalschlüssel verschlechtern und gleichzeitig Gruppen und Klassen vergrössert werden. Wenn eine Kitaangestellte alleine sechs oder sieben Kinder betreuen muss, kann sie sich kaum Zeit nehmen für spezifische Bedürfnisse. Sie muss vieles schnell und gleichzeitig erledigen, der Arbeitsalltag ist geprägt von Stress und Hektik. Darunter leiden Betreuerinnen und Kinder gleichermassen.

Den Mangel an Zeit für Betreuungsarbeit bekommen auch Mütter zu spüren. Sie werden nach nur vierzehn Wochen Mutterschaftsurlaub zurück in die Erwerbsarbeit gedrängt – oder aber sie verzichten auf Einkommen und geraten in eine starke finanzielle Abhängigkeit. Das sind keine guten Bedingungen, um sich in einem neuen Leben mit Kleinkind zurechtzufinden. Vielmehr ist dieser Zeitdruck Ursache für Erschöpfung, Depressionen und Burnouts bei Müttern, die eigentlich auf Ruhe, Zuversicht und haufigweise Unterstützung angewiesen wären.

Die skizzierten Bedingungen sind die Folge einer Politik, die Kinder und die Sorge um sie primär als Privatsache betrachtet. Du hast dich für Kinder entschieden? Schau selber, wie du dich organisierst und finanziert! Du wolltest Kinderbetreuerin werden? Selber schuld! Hättest halt einen anderen Beruf wählen sollen!

Vereint an der Kinderwagendemo

Den zeitlichen und finanziellen Druck im Zusammenhang mit Kinderbetreuung kennen sehr viele Frauen. Und er steht in einem krassen Gegensatz

zur Wichtigkeit dieser Arbeit. Mütter, Grossmütter sowie Betreuerinnen im bezahlten Bereich können unter den aktuellen Bedingungen ihre Arbeit nicht so verrichten, wie es richtig wäre und wie sie gerne arbeiten würden. Dieses Erfahrungswissen vereint sie. Sie teilen sowohl die schlechten Bedingungen wie auch das Selbstverständnis, dass ihre Sorgearbeit von zentraler Bedeutung ist. Und genau diese Verbundenheit und gemeinsame Betroffenheit hat die Kinderwagendemo zum Frauenstreik angesprochen. Beim gemeinsamen Kinderwagenschieben durch die Berner Altstadt wurden die Verbindungen zwischen Frauen sichtbar und erlebbar. Für einmal waren Hausfrauen, Teilzeiterwerbende, Grossmütter, Karrierefrauen, unterbezahlte Kitabetreuerinnen, Tagesschulmitarbeiterinnen und Kindergärtnerinnen vereint, und zwar über die Arbeit mit den Kindern, die sie alle im Stil leisten und die viel zu selten jene politische Aufmerksamkeit bekommt, die ihr zusteht.

Die Kinderwagendemo hat aber noch etwas anderes gemacht, das wesentlich zu ihrem Erfolg beigetragen hat: Sie hat es gewagt, Mütter als Mütter und Betreuerinnen als Frauen anzusprechen. Anlässlich des Frauenstreiks machten wir die Tatsache sichtbar, dass es nach wie vor grossmehrheitlich Frauen sind, die Kinder betreuen und dass folglich auch vor allem sie von den schlechten Bedingungen für Kinderbetreuung betroffen sind. Das ist eine statistisch belegte Tatsache, die viele Frauen jeden Tag sehr konkret erleben. Die wenigsten Mütter haben Partner, mit denen sie die unbezahlt Arbeit teilen können, und auch die Kinderbetreuerinnen bleiben als Kolleginnen meistens unter sich. Allen gegenläufigen Bemühungen – die sich vor allem auf diskursiver Ebene abspielen, strukturell aber wenig bewirken – zum Trotz ist Betreuungsarbeit nach wie vor Frauenarbeit: Diese stille gemeinsame Erfahrung klar zu benennen und in die Öffentlichkeit zu tragen, ist unglaublich befreiend und vereinend.

Wir brauchen neue feministische Perspektiven auf Mutterschaft

Spätestens seit den 1990er-Jahren hat sich die Vorstellung durchgesetzt, dass Frauen über ein eigenes Erwerbseinkommen unabhängig werden sollen. Erwerbsarbeit gilt als emanzipatorische Chance für Frauen, durch die sie sich aus patriarchalen Verhältnissen befreien können. Das heisst offenbar zugleich, dass die Mutterschaft höchstens als Bürde und als Einschränkung im Leben einer Frau thematisiert werden kann. Eines der wichtigsten gleichstellungspolitischen Ziele besteht in der raschen (Re-)Integration von

Müttern in den Arbeitsmarkt. Dabei wird so getan, als wäre Mutterschaft ein vorübergehendes Malaise, das frau hinter sich bringen kann, um sich dann wieder dem eigentlichen Sinn des Lebens zuzuwenden. Sich zur Mutterschaft zu bekennen gilt als rückwärtsgewandte Provokation. Wer das Muttersein thematisieren möchte und damit einhergehend auch die Anerkennung der entsprechenden Leistungen im Haushalt fordert, sieht sich schnell mit dem Vorwurf konfrontiert, bei der geschlechtergerechten Aufteilung mit dem Partner oder bei der Kollektivierung dieser Arbeit schlicht gescheitert zu sein.

Mütter stehen heute vor anderen Herausforderungen als noch vor dreissig Jahren. Wir und unsere Freundinnen, geboren in den 1970er- bis 1990er-Jahren, haben nicht erlebt, dass Eltern oder Lehrpersonen uns «an den Herd» (zurück-)schicken wollten. An uns wurde nie die einschränkende Anforderung gerichtet, in erster Linie gute Hausfrauen und Mütter zu werden und alles andere (Bildung, Beruf) als Nebensächlichkeit zu betrachten. Wir sind vielmehr mit dem Versprechen und der Sicherheit aufgewachsen, dass beides möglich sei. Muttersein und Beruf – oder gar «Karriere». Als wir dann aber tatsächlich Mütter wurden, mutierte das Versprechen schnell zur Zumutung, die sich in ständiger Zeitnot, einem Gefühl der Zerrissenheit, Erschöpfung oder gar einem Burnout äussert. Darüber hinaus sind unsere Löhne oft nicht existenzsichernd und sogar die versprochene Unabhängigkeit bleibt also weiterhin aus. Welche feministische Strategie ist angebracht in dieser Situation? Viele von uns sind nicht mehr bereit, zuallererst immer die Kinder und damit die Mutterschaft als problematischen Teil des sogenannten Vereinbarkeitsarrangements zurückzuweisen oder darin Abstriche zu machen. Wie auch viele von uns Erwerbsarbeit nicht als eindeutig emanzipierend erfahren. Häufig sind es gerade Erwerbsarbeitsverhältnisse, in denen wir Prekarität und Diskriminierung erfahren. Vonseiten der Politik werden die Forderungen von Müttern, wenn überhaupt, unter dem Begriff der Elternschaft subsumiert. Die Kinderwagendemo hat das Bedürfnis sichtbar gemacht, die spezifische Situation von Frauen als Mütter und von Betreuerinnen zu thematisieren und unbezahlte und schlecht bezahlte Frauenarbeit zu politisieren. Diese gegenseitige Solidarisierung hat grosse Freude gemacht und uns gestärkt!

Jetzt kommt die Eidgenössische Kommission dini Mueter

Aus den dargelegten Gründen haben wir, Mütter und Betreuerinnen und Kindergärtnerinnen, nach dem Frauenstreik die EKdM – Eidgenössische

Kommission dini Mueter gegründet. Wir fordern eine Politik, die die Erfahrungen von Müttern und Betreuerinnen als gemeinsame Perspektive ernst nimmt. Wir fordern Zeit und Geld für gute Kinderbetreuung, unabhängig davon, wo und von wem diese Arbeit verrichtet wird.

In ihrer jungen Geschichte hatte die EKdM bereits verschiedene Gelegenheiten zu zeigen, was das konkret heisst. So setzen wir uns beispielsweise für einen massiven Ausbau des Mutterschaftsurlaubs und für eine Elternzeit ein. Momentan werden auf kantonaler Ebene unterschiedliche Elternzeitprojekte lanciert und auch auf nationaler Ebene wird es wohl bald eine Initiative geben. Einige Modelle geben sich zufrieden mit den heute für Mütter vorgesehenen vierzehn bis sechzehn Wochen – sie sehen vor allem für die Väter Handlungsbedarf. Das ist ein Hohn für alle Mütter, die heute unbezahlten Urlaub beziehen müssen, weil vierzehn bis sechzehn Wochen schlicht zu kurz sind – auch in Anbetracht der enormen körperlichen und psychischen Beanspruchung durch Schwangerschaft, Geburt und Stillzeit. Mit der EKdM werden wir dafür sorgen, dass die spezifischen Bedürfnisse von Müttern in aktuellen Debatten um Elternschaft nicht verloren gehen.

Ein weiteres Anliegen der EKdM sind bessere Arbeitsbedingungen in Kitas, Kindergärten und Tagesschulen. Gerade jüngst – in den Monaten nach dem Frauenstreik – sind an verschiedenen Orten Sparmassnahmen oder ungerechte Lohnverhältnisse in diesem Bereich angekündigt worden. Oft passiert dies still und ohne öffentliche Debatte. Die einzigen, die mitbekommen, was läuft, sind die Betreuerinnen und manchmal die Eltern. Die EKdM sorgt für Öffentlichkeit und sucht das Gespräch mit den verantwortlichen Behörden und PolitikerInnen.

Zum Beispiel in den Kindergärten: Es werden immer mehr Team-teaching-Lektionen gestrichen. Die Anforderungen sind gestiegen, nicht aber die Wertschätzung und der Respekt gegenüber der geleisteten Arbeit. Die Kinder sind bei Kindergarteneintritt jünger, gleichzeitig werden die Klassen immer grösser und die Anforderungen sind mit dem Lehrplan 21 und mit zusätzlichen Fächern wie M+I (Medien und Informatik) gestiegen. Oft wurde wegen Geldmangel zu wenig in die Räumlichkeiten investiert, was eine kindgerechte Betreuung sowie das Lernen nach Lehrplan 21 zusätzlich erschwert.

Möchte eine Kindergartenlehrperson zum Beispiel nicht mehr mit mehr als zwanzig Kindern (4- bis 6-jährig) auf mehreren Stockwerken ohne Unterstützung einer ausgebildeten Kollegin ganz alleine und weit weg vom nächsten Kindergarten oder Schulhaus verbringen, kann sie in einer Ganztagesschule arbeiten, weil diese in Dreierteams aufgebaut wird (bestehend

aus zwei Lehrpersonen und einer Betreuerin). Nur: Wenn eine Kindergarten- oder Unterstufenlehrperson künftig im neuen Modell «Ganztagesschule» arbeitet, wird sie am Morgen regulär nach Lektionen (Lehrerinnenlohn) bezahlt und ab Mittag nur noch im Betreuungsansatz, der halb so hoch ist wie der Ansatz für Kindergärtnerinnen in regulären Kindergärten. Das bedeutet im Klartext: nachmittags doppelt so lange arbeiten für den gleichen Lohn wie vorher. Ist das fair? Ist Betreuung so viel weniger wert als Unterricht? Nein, gute Betreuung ist zentral, denn nur gut betreute Kinder können dem Unterricht überhaupt folgen.

Oder in den Kitas: Die Stadt Bern hat kürzlich bekannt gegeben, keine Kitapensen unter vierzig Prozent mehr zuzulassen. Von dieser Änderung betroffen sind in erster Linie Kindergartenkinder. Viele von ihnen besuchen die Kita seit dem Säuglingsalter. Es ist ihre vertraute und konstante Umgebung, zu den Betreuerinnen bestehen enge Beziehungen. Die kleinen Pensen entstehen mit dem Kindergarteneintritt dadurch, dass eine Betreuung der Kinder häufig nur noch halbtags oder gar nur über den Mittag anfällt, da sie die Vormittage und einen Nachmittag pro Woche im Kindergarten verbringen.

Die Alternative zu den Kitas sind die Tagesschulen. Viele Eltern von Kindergartenkindern entscheiden sich aber dagegen, ihr Kindergartenkind in die Tagesschule zu schicken und dies mit gutem Grund. Denn weder die Räumlichkeiten noch der Betreuungsschlüssel in den Tagesschulen werden den Bedürfnissen von 4- bis 6-jährigen Kindern gerecht: Einerseits kümmern sich nur wenige Betreuerinnen – mit einem Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 – um die Bedürfnisse von fünfzig oder sechzig schulpflichtigen Kindern vom Kindergarten bis zur neunten Klasse; und andererseits decken die Tagesschulen lediglich den Schulbetrieb ab und sind während den Schulfesten geschlossen, während die Kitas fünfzig Wochen im Jahr geöffnet sind.

Hinzu kommt: Die Verunmöglichung tieferer Kitapensen bringt auch eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Kitamitarbeiterinnen mit sich. Pensen unter vierzig Prozent betreffen zum heutigen Zeitpunkt fast nur Kindergartenkinder. Kinder also, die sich bereits eine gewisse Selbstständigkeit angeeignet haben und viele Dinge des alltäglichen Lebens mit weniger Hilfe bewerkstelligen, als dies Kleinkinder und Säuglinge tun können. Werden diese Plätze nun – zwangsläufig – frei und durch Plätze für Babys und Kleinkinder ersetzt, erhöht sich die Arbeitsbelastung der Betreuungspersonen immens.

Kinder brauchen Zeit, Aufmerksamkeit und stabile Beziehungen. Die Betreuungspersonen brauchen Zeit, Raum und gerechte Löhne, damit sie

ihrer Arbeit gut machen können. Die EKdM ist eine Mütter- und Betreuerinnenlobby und greift überall dort ein, wo meist stillschweigend Bedingungen für Kinderbetreuung verschlechtert werden. Wir schreiben Briefe an Behörden, mischen uns ein in parlamentarische Politik und öffentliche Debatten. Wir sind die Stimme derjenigen, die so viel leisten und viel zu wenig dafür bekommen.

